



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Gutenberg-Druck AG, 8853 Lachen

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth-Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG druck|media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4–7
Aktuell	
Die Initiative «gegen Masseneinwanderung» schafft Probleme und bietet keine Lösungen.....	8
Themen	
Reform der steuerlichen Privilegien: eine langwierige und komplexe Übung	9
Lehrplan 21: Die Stossrichtung stimmt	10
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Dezember 2013 / Jahresdurchschnitte 2013.....	10–11
Risikomanagement bei Naturgefahren durch Kapazitätsaufbau und verstärkte Zusammenarbeit	12
Index	13
Kommentar	
Staat, Staat, Staat.....	14–15

KMU (Kann Man Umdenken?)



Urs Bruhin, Geschäftsführer,
Bruhin AG drucklmedia

Jeder gegen jeden, jede gegen jede, jede gegen jeder, jeder gegen jede ... nein, das ist nicht die geschlechtsneutrale, politisch korrekte Beschreibung von Sitzball (oder wie immer dieses Spiel genannt wird). Es ist vielmehr eine Kürzestzusammenfassung wie es in unserer heutigen Wirtschaft – und ständig häufiger auch im «normalen» Zusammenleben zu- und hergeht.

Aber lassen Sie mich sofort zwei-erlei Dinge festhalten: Ich bin durchaus für den Kapitalismus, und ich bin überzeugt, früher war nicht alles besser. Trotzdem kann man sich

kaum zu häufig mit unserem Wirtschaftssystem beschäftigen und dieses hinterfragen. Wobei der Ausdruck «unser Wirtschaftssystem» irgendwie familiär und anheimelnd tönt. Aber diese Vertrautheit ist nur vordergründig, in Wahrheit ist das System nicht zu fassen, durch den einzelnen nur in winzigkleinen Details zu beeinflussen, und irgendwie trägt auch niemand Verantwortung, dass es überhaupt existiert und unser Geschäfts- und vielfach auch unser Privatleben bestimmt.

Trotzdem müssen wir uns mit seinen Auswüchsen herumschlagen: Neid, Missgunst, Freudlosigkeit, Härte, Hetze und einige weitere unschöne Begleiterscheinungen. Und nicht zu vergessen: Rappenspalterei. Vor allem Letztere vermag uns zu schaden. Dabei denke ich nicht einmal zuerst an verlorene Aufträge, die wegen eben einiger Rappen ins Ausland «abwandern».

Vor allem die «Kleinen und Mittleren» sollen, jedenfalls wird das immer wieder so angeführt, unsere Ökonomie tragen. Sie gedeihen auch ganz prächtig, wenn man den Berichten in den spezialisierten Medien glauben darf. Aber genau die KMU sind auf Gespräche – neuerdings nennt man das Austausch –

und ein (vernünftiges) Stück weit auf ein Miteinander angewiesen. Diesem hehren Ziel lässt sich aber nur nachleben, wenn Kunde und Lieferant wenigstens für kurze Zeit gemeinsam Gedanken nachhängen und Ideen weitertreiben können. Ohne dass diese «verbummelte» Zeit gleich die Kalkulation um einige Rappen in die Höhe treibt und der Auftrag ins Ausland ... Sie wissen schon.

Deshalb müsste man auch den zahlreichen Konsumentenforen, Kassenstürzen usw. ins Stammbuch schreiben: Nicht immer ist der absolut tiefste Preis der beste. Uns als Menschen, Konsumenten, Herstellern, Fabrikanten, Kunden und was alles noch an «Marktsubjekten» existiert, wäre mit dem vernünftigsten Preis viel mehr gedient. Und auch unserem Phantom «Wirtschaftssystem» wäre sicher besser geholfen. Denn Vernunft bedeutet auch weniger Radikalität, und das wäre für unser Zusammenleben und «Miteinandergeschäften» wünschenswert.

Urs Bruhin

Hohe Anzahl Lehrabbrüche

Letztes Jahr wurden im Kanton Schwyz 291 Lehren abgebrochen, die nach 2009 (303 Abbrüche) zweithöchste Zahl. Die Gründe für die vorzeitigen Abbrüche sind vielfältig: 114 Lehrverträge wurden mangels Leistung aufgelöst. Ein weiterer Grund war die falsche Berufs- und Lehrstellenwahl (60 Personen). 39 Jugendliche haben wegen eines Konflikts zwischen den Vertragsparteien aufgehört, 33 haben ihre Pflicht als Lernende verletzt. 18 Lehrlinge mussten wegen wirtschaftlichen und strukturellen Änderungen gehen, 20 aus gesundheitlichen Gründen, bei fünf Personen war das private Umfeld verantwortlich. Die hohe Zahl der Lehrabbrüche wird von Benno Kälin vom Amt für Berufsbildung relativiert. Von den 291 Auflösungen seien ein Drittel auf Umwandlungen innerhalb der Berufsgruppe in ein anderes, mehrheitlich tieferes Niveau zurückzuführen. Nimmt man den Gesamtbestand der abgeschlossenen Lehrverhältnisse (3470) als Referenz, so sind 8,4 Prozent nicht erfolgreich. Die Auflösungszahlen seien höher, weil immer mehr Lernende aus dem gesundheitlichen und sozialen Bereich dem Berufsbildungsgesetz unterstellt worden sind und neu in der Statistik auftauchen. Die prozentuale Auflösungszahl sei im Vergleich zu den Vorjahren nur unwesentlich gestiegen.

Erfolgreiche Tischmesse Schwyz

An der 9. Tischmesse waren Mitte Januar 114 Firmen im MythenForum Schwyz versammelt, davon 25 zum ersten Mal. Erstmals haben auch zwei Firmen aus Deutschland daran teilgenommen und sich für den Innerschwyz Markt interessiert. Die Idee der Tischmesse ist damals lanciert worden, weil man bestehenden oder neuen Firmen die Möglichkeit für eine bessere Vernetzung bieten wollte. Vom Start weg war der Erfolg da. Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung bemerkte in seiner Begrüssung, dass, wer Innovation wolle, neue Ansätze und andere Denkmuster brauche. Es seien Querdenker gefragt, die effektiv neue Ideen schaffen. Dazu komme ein gewisses Mass an Risikobereitschaft. «Nehmen Sie Anregungen mit, es liegen hier heute sehr viele gute Ideen auf dem Tisch», empfahl Zibung. Dies war auch an der 9. Tischmesse der Fall. Dominant waren erneut die Dienstleistungsfirmen, aus der IT- und Software-Branche oder der Finanzdienstleistung. Gut vertreten waren auch Unter-

nehmen der Maschinenbranche, Gebäudetechnik, Energietechnik oder der Bauwirtschaft. Es gab aber auch Ausgefallenes zu sehen: so etwa Spezialisten für Insektenschutz, Laborbau, Wildlachs-Catering, Sanierung von Trinkwasserleitungen, Vernebelungsanlagen oder Videoüberwachung. Die Stars des Tages waren zwei 3D-Drucker, die am Stand der AF-Cluster Zentralschweiz und der Druckerei Franz Kälin, beide Einsiedeln, live vorgeführt worden sind.

125 Mio. Schwarzgeld deklariert

Seit 2010 können Steuerzahler bei der Steuerverwaltung bisher nicht deklariertes Geld angeben, ohne dafür eine Busse bezahlen zu müssen. Diese straflosen Selbstanzeigen erfreuen sich einer steigenden Beliebtheit. Vielleicht mögen auch die Diskussionen rund um den automatischen Informationsaustausch von ausländischen Bankkonten sowie die Angst vor der Aufweichung des Bankgeheimnisses eine Rolle dafür spielen, Schwarzgeld nachträglich zu legalisieren. Denn letztes Jahr gab es 166 Selbstanzeiger, die insgesamt 125 Mio. Franken Schwarzgeld in «legales Geld» umwandelten – ein neuer Rekord. Ein einziger Steuerzahler deklarierte so letztes Jahr gemäss Angaben der kantonalen Steuerverwaltung 25 Mio. Franken, die er bisher vor den Steuerbehörden verheimlicht hatte. Dem Kanton sowie den Schwyzer Bezirken und Gemeinden flossen damit letztes Jahr 8,1 Mio. Franken an Nachsteuern in die Kassen, dem Bund rund 3 Mio. Franken.

131-Mio.-Firma fusioniert mit Victorinox

Die Victorinox AG als Stammfirma hat eine ihrer Töchter durch Fusion wieder heim an Bord geholt. Die Norvif AG weist Aktiven von 131,6 Mio. Franken auf. Sie ist 2001 gegründet worden, war von Beginn weg mit einem Aktienkapital von 900000 Franken ausgestattet und am Stammhaus in Ibach bei der Victorinox-Gruppe domiziliert. Es handelte sich prioritär um eine reine Beteiligungsfirma, die den Erwerb, das Halten, die Verwaltung und den Verkauf von Beteiligungen und besonders von Wertschriften zum Zweck hatte. Jetzt ist sie durch Fusion in die Victorinox AG integriert worden. Gemäss Verwaltungsratspräsident Carl Elsener werde damit eine Vereinfachung der Strukturen erreicht und mehr Effizienz erzielt. Da schon bisher sämtliche Aktien der Norvif AG im Portefeuille der Victorinox AG gelegen haben, ergeben

sich bei dieser Fusion keine Änderungen in der Kapitalstruktur. Wie Carl Elsener erklärt, habe die Norvif AG dazu gedient, Kapital, Vermögen und Reserven der Victorinox AG zu verwalten und zu halten. Es handle sich fast ausschliesslich um langfristig platzierte Wertchriften, die einer nachhaltigen Kapital- und Vermögenssicherung für das Unternehmen dienen. Generell sei man im Hause Victorinox derzeit daran, die Strukturen der Gruppengesellschaften zu überarbeiten.

Staatsrechnung noch mehr unter Druck

Der Schwyzer Staatsvoranschlag 2014 rechnet mit einem Defizit von 97 Mio. Franken. Das Sparpotenzial ist ausgereizt. Nun kommt die nächste Hiobsbotschaft: Die Nationalbank muss aufgrund der Minderbewertung des Goldes – der Goldpreis sank 2013 um 30 Prozent – ein Defizit von neun Milliarden Franken ausweisen. Deshalb kann kein Geld an die Kantone verteilt werden. Im Budget der Staatsrechnung 2014 sind jedoch 12,4 Mio. Franken Einnahmen aus der Nationalbankausschüttung veranschlagt. Damit erhöht sich das Defizit 2014 auf voraussichtliche 110 Mio. Franken. «Jetzt wird es schwierig», rapportiert Finanzdirektor Kaspar Michel dem «Bote der Urschweiz». Es sei nicht möglich, noch mehr zu sparen. Der Verlust kann zwar noch durch das vorhandene Eigenkapital aufgefangen werden, doch das strukturelle Problem bleibt. Michel lässt durchblicken, dass man innerhalb des Kantons die Einnahmenseite überprüfen müsse.

Revision soll 62 Mio. Franken bringen

Die Schwyzer Regierung macht ernst. Neben den 70 Sparmassnahmen, wovon der Grossteil bereits in Umsetzung steht, soll nun auch eine Revision des Steuergesetzes ab 2015 Mehrerträge bringen. Die Schwyzer Kantonsfinanzen sollen auf der Ertragsseite mit höheren Steuern saniert werden. Vorgeschlagen wird jedoch nicht eine allgemeine Steuerfusserhöhung. Betroffen davon wären hohe Einkommen und Vermögen. Für die Steuern des Kantons (nicht der Gemeinden und Bezirke) wird eine zusätzliche oberste Tarifstufe für Einkommen ab 230000 Franken eingeführt und mit 7 Prozent, ab 386000 Franken wieder mit 5 Prozent, besteuert. In Anpassung an Bundesrecht werden für die rund 100 pauschal besteuerten Personen im Kanton die Untergrenzen erhöht. Die Vermögenssteuern sollen von 0,5 auf 0,6 Promille erhöht

und die Rabatte auf der Dividendenbesteuerung von bisher 75 auf 50 Prozent zurückgenommen werden. Die Besteuerung von besonderen Kapitalleistungen wird von 2,0 auf 2,5 Prozent erhöht. Unabhängig vom Ertrag und Gewinn wird für juristische Personen eine Minimalsteuer von 200 Franken pro Jahr eingeführt. Zudem soll der Verteilschlüssel der Grundstückgewinnsteuern so geändert werden, dass der Kanton rund 18 Mio. Franken mehr, die Gemeinden und Bezirke 18 Mio. Franken weniger erhalten. Die von der Regierung vorgeschlagene Steuergesetzrevision wird im Mai dem Kantonsrat und im September dem Volk vorgelegt.

Steuerfüsse weisen nach oben

Vor einem Jahr hat der Trend gekehrt, jetzt ist er bestätigt worden. Statt aus Überschüssen Eigenkapital aufzustocken, leben die Gemeinden und Bezirke nun von der Substanz. Die in allen 27 Gemeinden und 6 Bezirken verabschiedeten Budgets 2014 beweisen das. 30 Gemeinden erwarten ein Defizit. Beitragsmässig ist es in der Gemeinde Schwyz (- 4,6 Mio. Franken), im Bezirk Höfe (- 5,6 Mio.) und in Feusisberg (- 4,0 Mio.) am höchsten. Gesamthaft rechnen die Kommunen nächstes Jahr zusammengezählt mit einem Verlust von rund 48 Mio. Franken – dies bei Gesamtausgaben von 842 Mio. Franken. Damit sind 5,7 Prozent der Ausgaben nicht gedeckt. Sechs Gemeinden haben ihren Steuerfuss erhöht: Unteriberg, Innerthal, Schübelbach, Wangen, Freienbach und Alpthal. In über einem Dutzend Gemeinden sind Steuererhöhungen für 2015 fest angekündigt. Nur zwei Gemeinden (Morschach und Riemenstalden) rechnen mit einem Überschuss und nur in Morschach und in Reichenburg kann der Steuerfuss leicht gesenkt werden.

Schwyzer Zeitung hat Erscheinen eingestellt

Die Neue Schwyzer Zeitung, ein Kopfblatt der Neuen Luzerner Zeitung (NLZ), hat auf Ende 2013 ihr Erscheinen eingestellt. Ab dem neuen Jahr beginnt die Zusammenarbeit der NLZ mit dem «Bote der Urschweiz», dem mit 15500 Exemplaren auflagenstärksten Printmedium im Kanton. Damit erscheinen im Kanton Schwyz noch sechs unabhängige Lokalzeitungen: In der Region Innerschwyz sind dies nebst dem Bote der Urschweiz die Rigi Post für den Raum Arth-Goldau und der Freie Schweizer für den Bezirk Küssnacht. Hinzu kommen der Einsiedler Anzeiger

sowie der March Anzeiger und das Höfner Volksblatt. Die Schwyzer Zeitung wurde 1876 gegründet und war während 100 Jahren das Sprachrohr der Katholisch-konservativen Partei (heute CVP). Seit 1979 geriet sie immer stärker unter Druck, auch weil die Aktiengesellschaft zu lange Entscheidungswege hatte in einer Zeit der stürmischen technischen Entwicklung. 1989 verpachtete sie das Verlagsrecht ans damalige «Vaterland», der führenden Zeitung in Luzern. 1996 wurde sie zu einem Kopfblatt der aus «Vaterland», «Luzerner Tagblatt» und «Luzerner Neueste Nachrichten» hervorgegangenen «Neuen Luzerner Zeitung». 1999 trat die Schwyzer Zeitung AG das Verlagsrecht endgültig ab. Unter dem Namen «Schwyzer Zeitung» blieb nur noch die Buchdruckerei, die Ende 2008 ebenfalls ihren Betrieb einstellte. 2009 wurde die Liegenschaft an der Bahnhofstrasse 14 in Schwyz verkauft und die Aktiengesellschaft kurz danach liquidiert.

Schwyzer Kantonalbank trotz amerikanischem Druck

Das amerikanische Programm soll einen Schlussstrich unter den jahrelangen Steuerstreit zwischen den Schweizer Banken und den USA ziehen. Je nach Intensität der Betroffenheit der Banken in der Schweiz werden die am Programm teilnehmenden Kantonalbanken in vier verschiedene Kategorien eingeteilt. Die Schwyzer Kantonalbank (SZKB) wird sich in die Kategorie 4 einteilen. Das bedeutet, dass sie kein kritisches «amerikanisches» Geld zu verbergen hat. Als Begründung für diesen mutigen Schritt gibt sie an, dass die SZKB vorwiegend lokal tätig sei, Kernmarkt ist der Kanton Schwyz. Das Finanzdienstleistungsgeschäft mit dem Ausland, insbesondere mit den USA, hat eine äusserst geringe Bedeutung. Die Vermögenswerte der Kunden der SZKB ausserhalb der Schweiz und ausserhalb der EU betragen weniger als zwei Prozent des gesamten Kundenvermögens. Dies allein entspricht bereits der Vorgabe der Amerikaner für die Kategorie 4. Weiter habe die SZKB keine Kunden, die ihren Wohnsitz oder ihren ständigen Aufenthalt in den USA hätten, sagt Mediensprecher Peter Geisser. Sie betreue auch keine US-Kunden mit Wohnsitz im Ausland. Weitere Steuerstreit-Programm-Teilnehmer in dieser Kategorie sind die Kantonalbanken Baselland, Appenzell, Glarus und Uri.

CVP fordert Plusenergiehäuser als Standard

Die CVP des Kantons Schwyz hat eine Volksinitiative eingereicht, mit welcher der Kanton Schwyz zum Vorreiter der Energiewende werden soll. Sie fordert eine Gesetzesänderung, mit der für Neubauten ab 2018 der Plusenergiebaute-Standard (PEB) vorgeschrieben wird. Die Gebäude würden dann mehr Energie produzieren, als sie und ihre Bewohner verbrauchen. «Mit diesem einfachen und konsequenten Weg wollen wir einen langfristig verlässlichen energiepolitischen Rahmen schaffen und einen Schlussstrich unter die Subventionen ziehen», sagt Projektleiter Reto Wehrli. Wenn das Volk dieser Initiative zustimme, könne das Gewerbe enorm profitieren, die Wertschöpfung bleibe in der Region, die Schweiz könne ihre Auslandabhängigkeit verringern, die Atomkraftwerke ersetzen und die Energiedebatte inklusive CO²-Diskussionen müssten nicht mehr geführt werden, ist Wehrli überzeugt. In einem zweiten Teil fordert die Volksinitiative, die zuerst im Kantonsrat beraten wird und dann zur Urnenabstimmung gelangt, die energetische Instandstellung von bestehenden Bauten durch ein Anreizsystem zu fördern. Im Fokus sind hier die Reduktion des Energiebedarfs, die Anwendung energieeffizienter Haustechnik und der Einsatz erneuerbarer Energieträger.

BHZ-Ingenieurbüro an Toscano AG

Im Rahmen der Nachfolgeregelung haben die Ingenieure und Betriebsinhaber Tino Baumann und Jakob Hedinger, Brunnen, nach 25-jähriger eigenständiger Ingenieur Tätigkeit ihr Ingenieurbüro an die Edy Toscano AG verkauft. Per 1. Januar übernahm die Toscano-Gruppe alle Aktien der BHZ Baumann Hedinger Zurfluh AG. Mit der Toscano-Gruppe wurde bereits bisher kooperativ zusammengearbeitet. So können der Standort Brunnen, die zehn Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze für Lehrlinge gesichert werden. Das bisherige BHZ-Büro in Brunnen wird ab dem 1. Januar als Niederlassung der Toscano-Gruppe geführt. Nicht von diesem Verkauf betroffen ist die Ingenieurunternehmung Baumann Hedinger Gasser AG in Altdorf. Diese bisherige Schwesterfirma wird unverändert weitergeführt und von Marcel Gasser geleitet. Die Edy Toscano AG gehört zu den führenden Ingenieurbüros der Schweiz mit insgesamt 14 Niederlassungen in Graubünden, dem Tessin, im Raum Zürich und der Romandie. Sie ist 1959 gegründet worden, hat ihren

Hauptsitz in Chur und beschäftigt rund 250 Mitarbeitende. Die Toscano-Gruppe erzielt einen Umsatz von etwa 30 Mio. Franken.

Faes AG investiert in die Zukunft

Vom Schweizer Industriestandort überzeugt, hat die Faes AG in den vergangenen Jahren kontinuierlich in den Ausbau und die Automatisierung der Produktion in Wollerau investiert. Der Maschinenpark der Faes AG gehört zu den modernsten in der Schweiz und ermöglicht die hochpräzise Fertigung mechanischer Teileserien. Mit ihrer hoch automatisierten Fertigung trotz der Wollerauer Betriebserfolge dem Preisdruck ausländischer Anbieter. Am 16. Dezember wurde ein 9,5 Tonnen schweres Hochleistungsdrehzenter der neusten Generation angeliefert. Die Ausrüstung ermöglicht höchste Produktivität. Das neueste Mitglied im Faes Maschinenpark wird praktisch vom ersten Tag an voll ausgelastet sein. Die Faes AG ist einer der grössten industriellen Schweizer Dienstleister im Maschinenbau. Im Auftrag von Technologieunternehmen in der ganzen Welt und aus den verschiedensten Branchen stellt sie Präzisionsteile, Baugruppen und ganze Maschinen her. Neben dem Hauptsitz in Wollerau (SZ) und einer grossen Montage in Mels (SG) besitzt Faes Tochtergesellschaften in Nashville (USA) und zwei Standorte in Tschechien. Das Unternehmen feierte letztes Jahr sein 100-jähriges Bestehen.

Schuler Weine «bester Weinhändler des Jahres»

Bei der diesjährigen weltweit führenden Weinprämierung AWC Vienna wurde die Schuler St. Jakobs Kellerei als bester Weinhändler des Jahres («Best Retailer of the Year») ausgezeichnet. Die AWC Vienna (International Wine Challenge) ist die grösste offiziell anerkannte Weinprämierung. Als Berechnungsgrundlage für diese Sonderauszeichnung wurden die Punktzahlen der sechs höchstbewerteten Weine jedes Weinhändlers zusammengerechnet. Alle 25 von der Schuler St. Jakobs-Kellerei eingereichten Weine wurden zudem prämiert: 8 mit einer Gold- und 13 mit einer Silbermedaille. Vier erhielten ein Siegel. Die Leistung ist umso beachtlicher, als die Weine im anspruchsvollen und unbeeinflussbaren Blindverkostungsverfahren überzeugten und die AWC Vienna im aktuellen Jahr mit rund 13000 eingereichten Weinen

von 1847 teilnehmenden Produzenten und Händlern aus 39 Nationen einen Teilnehmerrekord verzeichnete.

Innert Jahresfrist 568 Firmen mehr

Der Kanton Schwyz wird immer mehr zum Firmenstandort. Zu Jahresbeginn hatten neu 15325 Firmen Sitz im Kanton Schwyz. Das sind 568 mehr als vor einem Jahr – oder über 6000 mehr als vor zehn Jahren. 2013 sind an jedem Arbeitstag also netto zwei Firmen mehr eingetragen worden. Das Wachstum ist im Vergleich mit gleich grossen Kantonen sehr hoch, kantonsintern ist es aber seit 2007 die geringste Zunahme. Gleichzeitig nahm die Zahl der Konkurse um 14 Prozent ab. Im Kanton Schwyz haben im vergangenen Jahr 70 Unternehmen einen Bankrott erlitten. Das sind 11 weniger als im Vorjahr. Das geht aus einer Zusammenstellung des Wirtschaftsinformationsdienstes Bisnode hervor. Zu diesen 70 Unternehmen, denen das Geld ausging, kommen 93 weitere Firmen dazu, die wegen Organisationsmängeln aus dem Handelsregister gelöscht wurden. Von dieser Massnahme betroffen waren im vergangenen Jahr 31 Firmen weniger als im Vorjahr. Mit diesen Zahlen – Firmengründungen und weniger Konkurse – nimmt der Kanton Schwyz eine Spitzenposition im Wirtschaftsraum Zentralschweiz ein.

Schwyzler fahren weit zur Arbeit

Die Schwyzler legen täglich im Durchschnitt mit dem Auto auf einer Wegstrecke zur Arbeit 17,7 Kilometer zurück. Dies geht aus den Zahlen der Strukturhebung 2010 des Bundesamtes für Statistik (BfS) hervor. Gemäss einem von der «NZZ am Sonntag» publizierten Vergleich haben die Schwyzler damit den drittlängsten Arbeitsweg hinter den Nidwaldnern (18,7 km) und Urnern (17,9 km). Laut BfS seien die Zahlen dieser Strukturhebung aber mit Vorsicht zu geniessen, da die Zahl der Befragten in kleinen Kantonen niedrig sei.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschenagentur (sda) zusammengestellt.

Die Initiative «gegen Masseneinwanderung» schafft Probleme und bietet keine Lösungen

Verbände aus allen Branchen der Schweizer Wirtschaft haben gemeinsam dargelegt, warum sie die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» ablehnen. Die Initiative löst keine Probleme, sondern gefährdet den erfolgreichen Bilateralen Weg. Sie vermischt Arbeitsmarkt-, Ausländer- und Asylpolitik, schafft eine teure Bürokratie, verschärft den Fachkräftemangel und stellt die Schweizer Wirtschaft ins Abseits.

Gemeinsam traten zahlreiche Schweizer Wirtschaftsverbände vor die Medien. Sie legten dar, dass die Personenfreizügigkeit und der Bilaterale Weg für die Schweiz unverzichtbar sind. Die Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung profitieren stark von der Personenfreizügigkeit und den Bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union (EU). Europa ist der wichtigste Handelspartner der Schweizer Wirtschaft. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt von dieser Beziehung ab und jeder dritte Export-Franken wird in Europa verdient.

Erfolgreiche Schweiz – auch dank der Personenfreizügigkeit

Die Schweiz ist gemäss World Economic Forum das wettbewerbsfähigste Land auf der Welt. Kennzeichen dieses Erfolges sind die hohe Erwerbsquote und ein BIP-Wachstum pro Kopf, trotz einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Wirtschaftsstandort Schweiz zeichnet sich aus durch Innovation. Deshalb sind Schweizer Produkte weltweit gefragt. Die hohe

Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, ist nur mit den nötigen Fachkräften zu erreichen. Da die Schweiz ein kleines Land mit entsprechend beschränkten Personalressourcen ist, braucht der Wirtschaftsstandort Fachkräfte aus Europa. Die Personenfreizügigkeit leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Schweizer Wirtschaft ihre Fachkräfte komplementär rekrutiert. Eine Verdrängung von Schweizer Arbeitskräften findet nicht statt, was auch von verschiedenen Studien bestätigt wird.

Ein Kontingent-System bringt Nachteile

Anstatt der erfolgreichen Personenfreizügigkeit schlägt die Initiative eine Rückkehr zum Kontingentsystem vor. Die Schweiz hat vor der Personenfreizügigkeit negative Erfahrungen mit einem solchen System gesammelt. Ein kompliziertes, staatlich gesteuertes Kontingentsystem garantiert nicht, dass jene Personen zugelassen werden, die der Arbeitsmarkt tatsächlich braucht. Vielmehr führt eine solche Lösung zu hohen Verwaltungskosten auf staatlicher und unternehmerischer Seite aufgrund von langen Verfahren und Rekursen.

Die Bilateralen Verträge nicht gefährden

Die EU hat sich verschiedene Male klar zu den Folgen einer Kündigung der Personenfreizügigkeit geäussert. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit lässt sehr we-

nig Spielraum für Neuverhandlungen. Es besteht die Gefahr eines Verlustes sämtlicher Bilateralen Verträge mit der EU. Auf dem Spiel steht etwa das Forschungsabkommen, dank welchem die Schweiz als gleichberechtigter Partner an europäischen Forschungsprogrammen teilnehmen kann. Das sorgt für finanzielle Mittel und stärkt den Innovationsstandort Schweiz. Aber auch das Landwirtschaftsabkommen ist in Gefahr. Aufgrund dieses Abkommens konnte in den letzten Jahren der Käseexport in die EU bei gleichbleibenden Preisen enorm gesteigert werden. Besonders wichtig ist auch das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse. Schweizer Exporteure sparen dank diesem Abkommen jährlich bis zu 500 Millionen Franken, weil sie ihre Produkte nicht mehr in jedem einzelnen Land prüfen lassen müssen. Das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen sorgt dafür, dass sich die Schweizer Wirtschaft mit grossem Erfolg gleichberechtigt an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Ländern beteiligen kann. Insgesamt betrifft dies ein Auftragsvolumen von 1500 Milliarden Franken pro Jahr. Alle diese Verträge und zusätzlich die wichtigen Abkommen über Land- und Luftverkehr gefährdet die Initiative «gegen Masseneinwanderung» erheblich.

Das Fazit der Schweizer Wirtschaft lautet: Die Initianten spielen ein gefährliches Spiel, wenn sie den erfolgreichen und wichtigen Bilateralen Weg riskieren. Deshalb: Nein zu diesem gefährlichen Spiel.

(sgv, SAV, *economiesuisse et alii*)

Reform der steuerlichen Privilegien: eine langwierige und komplexe Übung

Eine Anpassung der steuerlichen Privilegien ist vernünftig

Man weiss, dass eine gewisse Anzahl von in der Schweiz niedergelassenen internationalen Holdinggesellschaften, Verwaltungsgesellschaften und anderen Gesellschaftsformen auf kantonaler Ebene von Privilegien im Steuerbereich profitieren. Diese beruhen auf einer differenzierten Behandlung von in der Schweiz und im Ausland realisierten Unternehmensgewinnen. Solche Steuerbefreiungen werden von der OECD, der G20 und der EU seit Jahren bekämpft.

Obwohl der ausländische Druck auf das helvetische Steuersystem nicht immer der Doppelzüngigkeit entbehrt, beschloss die Schweiz betreffend der Besteuerung von internationalen Unternehmen ihr Besteuerungssystem in Einklang mit den anerkannten internationalen Steuerpraktiken zu bringen. Diese Anpassung soll im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III erfolgen (USTR III).

Dieses Thema stand bereits im Frühjahr 2013 im Rampenlicht der Bundespolitik, als das Steuerungsorgan der USTR III einen ersten Bericht zu den Auswirkungen dieser Reform und zu möglichen Strategien veröffentlichte. Ein zweiter Bericht dieses Steuerungsorgans wurde kurz vor Weihnachten veröffentlicht, welcher verschiedene Massnahmen und deren Auswirkungen aufzeigte.

Prozess zur USTR III verlangsamt sich wegen Komplexität und Ungewissheiten

Auf der Basis dieses neuen Berichts wird das Eidgenössische Finanzdepartement eine weitere Konsultation bei den Kantonen durchführen. Im Anschluss daran wird der Bundesrat Ende 2014 eine Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden. Berücksichtigt man die Wahlen im nächsten Jahr und andere mögliche Verzögerungen, werden die Massnahmen frühestens ab 2020 umgesetzt.

Gleichzeitig lässt der Druck aus dem Ausland leicht nach. Die Schweiz verhandelt mit der EU über einen Katalog von Regeln und Massnahmen, die zu respektieren sind; der Abschluss dieser Verhandlungen wurde bereits mehrmals verschoben und neu auf Ende Juni 2014 angesetzt. An dieser Stelle ist zu betonen, dass auch die EU mit zahlreichen Ungewissheiten zu kämpfen hat. Die Einführung einer sogenannten Lizenzbox (privilegierte Besteuerung von Aktivitäten im Zusammenhang mit dem geistigen Eigentum) wird nach wie vor als Option für die Schweiz angeführt, da sie sich in verschiedenen Mitgliedsländern der EU durchgesetzt hat. Brüssel scheint jedoch immer weniger Gefallen an dieser Lösung zu haben. Solange nicht klar ist, welche Praktiken erlaubt bleiben, besteht also kein Grund zur Eile.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist zu erhalten

Die Komplexität des Problems erfordert es, eingehend über ver-

schiedene Lösungsansätze nachzudenken. Eine generelle Senkung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen, wie sie von verschiedenen Kantonen bereits in Betracht gezogen wird, ist gewiss ein unverzichtbares Mittel, das insbesondere für die lokalen Unternehmen von Vorteil ist. Gleichzeitig ist aber genauso klar, dass diese Massnahme nicht ausreicht, um die Standortattraktivität der Schweiz für diejenigen Unternehmen zu bewahren, die bisher in den Genuss von steuerlichen Privilegien gekommen sind. Diese Wettbewerbsfähigkeit dank Standortattraktivität gilt es um jeden Preis zu bewahren.

Es steht viel auf dem Spiel. Um ein Beispiel anzuführen: Der Bund, der sich zunächst vernehmen liess, dass die Reform der steuerlichen Privilegien eine kantonale Angelegenheit sei, realisiert jetzt, dass die entsprechenden Unternehmen auf Bundesebene nicht steuerbefreit sind und diese für rund die Hälfte der Einnahmen des Bundes aus der direkten Bundessteuer verantwortlich sind!

Schliesslich sei erwähnt, dass die Unternehmenssteuerreform III nicht ohne eine substantielle Überarbeitung des nationalen Finanzausgleichs einhergeht. Der im letzten Dezember veröffentlichte Bericht vertieft die Analyse dieses Sachgebiets. Der Rahmen für das Problem ist gegeben. Jetzt gilt es, sinnvolle Lösungen zu finden.

(Centre Patronal)

Lehrplan 21: Die Stossrichtung stimmt

Die Stossrichtung des Lehrplans 21 zielt grundsätzlich in die richtige Richtung. Insbesondere dessen Harmonisierungseffekte und Kompetenzorientierung sind positiv. Dank der Harmonisierung können die Arbeitgeber die Leistungen der Schulabgänger einfacher beurteilen und Lernende aus verschiedenen kantonalen Schulsystemen leichter rekrutieren. Den vom Lehrplan vorgesehenen verbesserten Übergang in die Arbeitswelt und die vereinfachte interkantonale Mobilität von Familien mit schulpflichtigen Kindern ist absolut zu begrüßen.

Im Rahmen des Lehrplans 21 ist dem fächerübergreifenden Thema «Berufliche Orientierung» besondere Beachtung zu schenken. Mehr Zeit und eine höhere Verbindlichkeit ist dafür anzustreben. Es ist Aufga-

be der Volksschule, einen nahtlosen und erfolgreichen Übergang von der Volksschule zur Berufsbildung zu ermöglichen.

Die im Lehrplan 21 definierten Mindestanforderungen sind für viele berufliche Grundbildungen kaum ausreichend. Die über 200 Berufsausbildungen stellen unterschiedliche schulische Anforderungen an die Lernenden und verlangen teils Kenntnisse, die deutlich über besagten Mindestanforderungen liegen. Neben den Mindestanforderungen sollte der Lehrplan also noch weitere Anforderungsniveaus definieren. Thematisch ist eine Stärkung der technischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer, der Informatik und der Financial Literacy zentral. Zudem sollte der Lehrplan teil «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt im

3. Zyklus», der sich überwiegend mit Nachhaltigkeitsfragen beschäftigt, überarbeitet werden: Der Schritt in die Arbeitswelt bedeutet für die Jugendlichen auch einen Rollenwechsel – vom Konsumenten zum Produzenten von Gütern und Dienstleistungen. Folgerichtig sollte der Lehrplan die unternehmerische Perspektive verstärkt berücksichtigen.

Bei der Umsetzung des rahmengebenden Lehrplans 21 verfügen die Kantone, die Schulen und die einzelnen Lehrpersonen über viel Handlungsspielraum. Es ist daher notwendig, dass sich die Kantone zu einer möglichst einheitlichen Umsetzung des Lehrplans bekennen. Nur so kann die vom Lehrplan angestrebte Harmonisierung realisiert werden.

(SAV)

Der Lehrplan 21 ist ein Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK). Die Zahl 21 steht dabei für die 21 Projektkantone. Der Lehrplan 21 ist der erste Lehrplan, der in allen Kantonen der Deutschschweiz zur Anwendung gelangen soll. Die nationalen Bildungsstandards (Grundkompetenzen) sind in den Lehrplan eingearbeitet. Er wird deshalb aufzeigen, was Schülerinnen und Schüler am Ende der 2., 6. und 9. Klasse wissen und können müssen. Mit dem Lehrplan 21 harmonisieren die Kantone die inhaltlichen Ziele der Volksschule und setzen damit den Auftrag von Artikel 62 der Bundesverfassung um. Zudem dient der Lehrplan als verbindliche Grundlage für die Koordination und Entwicklung von neuen Lehrmitteln und für die Harmonisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Dezember 2013 / Jahresdurchschnitte 2013

Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren Ende Dezember 2013 149 437 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, 10 364 mehr als im

Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 3,2% im November 2013 auf 3,5% im Berichtsmonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 7 128 Personen (+5,0%).

Jugendarbeitslosigkeit im Dezember 2013

Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) erhöhte sich um 654 Personen (+3,4%) auf 19 981. Im Ver-

gleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Rückgang um 369 Personen (-1,8%).

Stellensuchende im Dezember 2013

Insgesamt wurden 205 802 Stellensuchende registriert, 9280 mehr als im Vormonat. Gegenüber der Vorjahresperiode stieg diese Zahl damit um 8904 Personen (+4,5%).

Gemeldete offene Stellen im Dezember 2013

Die Zahl der bei den RAV gemeldeten offenen Stellen verringerte sich um 1823 auf 9745 Stellen.

Abgerechnete Kurzarbeit im Oktober 2013

Im Oktober 2013 waren 3'928 Personen von Kurzarbeit betroffen, 282 Personen mehr (+7,7%) als im Vormonat. Die Anzahl der betroffenen Betriebe verringerte sich um 4 Einheiten (-1,1%) auf 375. Die ausgefallenen Arbeitsstunden nahmen um 21 863 (+11,5%) auf 212 449 Stunden zu. In der entsprechenden Vorjahresperiode (Oktober 2012) waren 428 316 Ausfallstunden registriert worden, welche sich auf 8110 Personen in 638 Betrieben verteilt hatten.

Aussteuerungen im Oktober 2013

Gemäss vorläufigen Angaben der Arbeitslosenversicherungskassen belief sich die Zahl der Personen, welche ihr Recht auf Arbeitslosenentschädigung im Verlauf des Monats Oktober 2013 ausgeschöpft hatten, auf 3041 Personen.

Rückblick: Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 / Jahresdurchschnitte 2013

Trotz anziehendem wirtschaftlichem Wachstum stiegen die Arbeitslosenzahlen in der Schweiz im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr weiter an. Nach einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosenzahlen zur Jahreswende 2012/2013 bis auf 148 158 Personen im Januar baute sich die Arbeitslosigkeit bis Ende Juni zwar wieder auf 126 498 Personen ab; dies entspricht einem Rückgang um 21 660 Personen und liegt etwa in derselben Grössenordnung wie in der gleichen Periode des Vorjahres. Der Rückgang im ersten Halbjahr wird jedoch kompensiert durch eine Zunahme um rund 23 000 Personen in der zweiten Jahreshälfte. Die Arbeitslosenzahlen, die bereits seit Juli ununterbrochen wieder im Steigen begriffen sind, erhöhten sich insbesondere im November und Dezember, verstärkt durch saisonale Faktoren, in grösseren Schritten. Damit liegt die Arbeitslosigkeit in der Schweiz per Ende Dezember 2013 mit 149 437 Personen wieder auf einem leicht höheren Stand als zu Beginn des Jahres. Mit einem Bestand von 136 524 Personen liegt die durchschnittliche Arbeitslosenzahl im Berichtsjahr um 10 930 Personen höher als im Vorjahr. Daraus resultiert für das Jahr 2013 im Jahresmittel eine Arbeitslosenquote von 3,2%, dies ist ein Anstieg um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahreswert (2,9%). Die Zahl der Stellensuchenden (Summe von registrierten arbeitslosen und nichtarbeitslosen Stellensuchenden) übertraf im Januar und Februar die Marke von 200 000 Personen

leicht, baute sich aber bis Ende Juni wieder um knapp 22 000 Personen auf einen Stand von 179 806 ab. Im Oktober und verstärkt im November und Dezember erhöhte sich die Stellensuchendenzahl aus vorwiegend saisonalen Gründen und überstieg zum Jahresende mit 205 802 Personen den Ausgangswert zu Beginn des Jahres. Im Jahresdurchschnitt resultiert daraus eine Zahl von 190 734 stellensuchenden Personen, eine Zunahme um 12 309 Personen gegenüber dem Vorjahr. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit einem Jahresdurchschnittswert von 3,4% leicht höher als in den beiden Vorjahren (jeweils 3,2%). In der Deutschschweiz (2,8%, plus 0,1 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr) erweist sie sich allerdings etwas stabiler als in der lateinischen Schweiz (5,0%, plus 0,3 Prozentpunkte). Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist mit rund 15% oder jahresdurchschnittlich rund 21 000 Personen am Total aller Arbeitslosen stabil.

Das Rechnungsjahr 2013 wird der Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung gemäss aktuellen Schätzungen bei Prämieinnahmen von 6,45 Mrd. Franken (2012: 6,35 Mrd.) und einem Gesamtertrag von 7,05 Mrd. Franken (2012: 6,94 Mrd.) sowie einem Gesamtaufwand von 6,45 Mrd. Franken (2012: 5,78 Mrd.) mit einem Ertragsüberschuss von 0,60 Mrd. Franken (2012: 1,16 Mrd.) abschliessen. Die kumulierten Bundestresoreriedarlehen belaufen sich auf 4,2 Mrd. Franken (2012: 5,0 Mrd.).

(SECO)

Risikomanagement bei Naturgefahren durch Kapazitätsaufbau und verstärkte Zusammenarbeit

Investitionen in ein integrales Risikomanagement stärken die Widerstandskraft der Bevölkerung und ihre Fähigkeit, Naturkatastrophen zu bewältigen; zudem tragen sie dazu bei, dass Risiken erkannt und geeignete Massnahmen ergriffen werden. Dies entspricht dem Ziel der Schweiz, die allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Im Rahmen ihres OSZE-Vorsitzes 2014 (OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) stellt die Schweiz das integrale Risikomanagement durch Kapazitätsaufbau (capacity building) und Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in den Mittelpunkt. Die Schweiz will die Effizienz der Katastrophenprävention, aber auch die humanitäre Bewältigung und den Wiederaufbau nach einer Naturkatastrophe fördern.

Schulungen, um Kapazitäten aufzubauen

Die DEZA setzt sich dafür ein, dass das Problem in den Mitgliedsländern der OSZE erkannt und verstanden wird und dass regionale Schulungen für die Prävention, die Vorbereitung auf einen Notfall und dessen Bewältigung angeboten werden. Die folgenden Aktivitäten stehen auf dem Programm:

- Schaffung und Förderung nationaler Plattformen für Risikomanagement-Verantwortliche;
- Fachschulungen für OSZE-Projektverantwortliche vor Ort, um

sie besser auf die Risiken vorzubereiten, die Klimawandel und Umweltschäden mit sich bringen;

- regionale Schulungen im Südkaukasus und in Zentralasien, um Länderverantwortliche für Naturgefahren zu sensibilisieren, die schwere technische Unfälle bewirken können;
- Stärkung der lokalen Gemeinschaften und Ortsverantwortlichen bei der Prävention und der Vorbereitung auf Naturgefahren, sowohl auf Regierungs- als auch Nichtregierungsebene.

Esgibt also mehrere Zielgruppen: Nothilfeteams, nationale Länderverantwortliche für Risikomanagement, Projektverantwortliche der OSZE und lokale Gemeinschaften/Ortsverantwortliche.

Risikomanagement bei Naturkatastrophen ist Hauptthema des «Prager Zyklus»

Die Stärkung des Naturkatastrophenmanagements ist auch Thema an der hochkarätigen Wirtschafts- und Umweltkonferenz vom 10. bis 12. September 2014 in Prag. Im Vorfeld finden im Januar und Mai 2014 in Wien bzw. Montreux zwei Vorbereitungstagungen statt. Die DEZA ist aktiv an der Umsetzung der als «Prager Zyklus» bekannten Foren beteiligt. Im Hinblick auf die Konferenz von Prag wird die DEZA eine Erklärung zur Stärkung der Nationen und Gemeinschaften gegenüber Naturkatastrophen erarbeiten,

die von den 57 OSZE-Mitgliedern unterzeichnet werden soll.

Bedeutung der Katastrophenprävention

Analysiert man die internationale Finanzhilfe für die grossen Katastrophen Anfang des 21. Jahrhunderts, wird klar, dass die meisten Mittel in die Notfallhilfe fliessen. Deutlich weniger wird in die Prävention, die Risikominderung, den Wiederaufbau und die Instandsetzung nach Naturkatastrophen investiert. Wenngleich die OSZE bislang nur ein beschränktes Interesse für die Präventionsarbeit zeigt, wird sie hier eine wichtige Rolle spielen können, zumal die internationale Organisation die wichtigsten Geberländer der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe auf sich vereint.

Auch mit Blick auf die 3. Weltkonferenz für Katastrophenvorsorge (World Conference on Disaster Risk Reduction) 2015 im japanischen Sendai sieht die Schweiz ihren OSZE-Vorsitz als einzigartige Chance, um die Thematik des Risikomanagements bei Naturkatastrophen voranzubringen. Die Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass bestehende internationale Partnerschaften und Instrumente gestärkt werden, was in jedem Fall als Beitrag zur allgemeinen Sicherheit gewertet werden kann.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
2013	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3	98,4	98,4	98,5	98,6	98,2	98,1	98,1
¹	+0,8	+0,1	-0,3	-0,1	-0,2	0,2	0,5	0,2	0,0	-0,3	-0,4	-0,4

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
2013	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9	99,0	99,0	99,0	99,1	98,8	98,8	98,8

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
2013	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0	97,1	97,1	97,5	97,7	96,8	96,6	96,7

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
2013	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2	99,3	99,0	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9
¹	-0,3	-0,3	-0,6	-0,6	-0,5	-0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,3	0,1	0,1

		2011 ²	2012 ²	2013							
				Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	
Monatsindex (Dezember 2010 = 100)											
Totalindex		100	99,3	99,3	99	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9	
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	98,3	97,4	99,1	100,0	99,0	99,3	98,5	98,4	98,5	
	Alkoholische Getränke und Tabak	101,0	102,1	103,8	103,5	103,7	104,2	103,3	104,3	103,0	
	Bekleidung und Schuhe	94,5	88,9	89,3	81,3	80,1	84,4	87,8	88	86,5	
	Wohnen und Energie	101,7	102,5	102,3	102,5	103,0	103,1	103,0	103,1	103,3	
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	98,8	97,0	96,1	95,2	95,5	95,0	94,9	95,0	94,3	
	Gesundheitspflege	100,2	99,9	99,1	99,1	99,1	99	99	99	98,1	
	Verkehr	100,5	98,3	97,7	97,3	97,4	97,5	96,9	96,3	96,2	
	Nachrichtenübermittlung	100,1	99,4	97,4	97,3	97,3	97,3	97,3	95,4	95,4	
	Freizeit und Kultur	97,2	94,5	94,9	94,1	93,9	94,3	94,6	95,2	94,9	
	Erziehung und Unterricht	100,3	102	103,1	103,1	103,1	105	105	105	105,1	
	Restaurants und Hotels	101,6	102,2	103,2	103,1	103	102,8	102,7	102,6	105,1	
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,4	100,5	101,2	101,4	101,0	101,2	101,1	101,1	101,3	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	100,4	100,4	100,9	101,0	101,0	101,0	100,9	101,0	100,9	
	Auslandgüter	98,7	96	95	93,6	93,3	94,3	94,2	94,2	93,6	
	Waren	99,1	96,8	96,0	95,4	95,0	95,6	95,4	95,3	95,3	
	Dienstleistungen	100,6	101	101,8	101,6	101,7	101,8	101,8	101,9	101,7	

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Staat, Staat, Staat...

Dass wir eine **Gesetzes- und Verordnungsma­schinerie** mit einer damit hergehenden Verbeamtung des «freien» Lebens haben, kommentierte ich schon andernorts. Kurz: Moses hat die Israeliten mit 10 Geboten 40 Jahre durch die Wüste geführt. Im Jahr 1900 gab es auf Stufe Bund 427 Seiten an Gesetzen und Verordnungen, 1990 bereits 2000 Seiten, heute sind es über 8000 Seiten und jedes Jahr gibt's 600 Neue. Dazu kommen die Kantons-, Bezirks- und Gemeindeverordnungen. Von Haustierhaltung bis Kinderhüten durch Grosseltern, alles soll reglementiert werden. Letztes Jahr gab es im Nationalrat 1024 Abstimmungen! Dass dies eine gegenseitige Wechselwirkung zum Beamtenapparat hat, ist auch klar. Einerseits lieben Beamte Vorschriften, die von Bürgern einzuhalten sind, andererseits gibt es viele Leute in unserer Gesellschaft, die, entweder bei den geringsten Vorfällen oder «Ungerechtigkeiten», staatliche Verordnungen verlangen, oder die ihren «Lebensstil» ändern Bürgern aufzwingen wollen, was dann wiederum mit Freuden vom Staat (und Politikern) aufgenommen wird.

Zwei Meldungen in diesem Zusammenhang, die während der Festtage durch die Medien gingen, nicht dementiert und weniger kommentiert wurden als der Abschluss eines Wolfes, bestärken mich in meinen Bedenken bezüglich der «Verstaatlichungstendenz».

1. Meldung (Tagi 29.12.): Die Zahl der Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen (Bund, Kanton, Gemeinden) stieg zwischen 2009 und 2013 von 158 200 auf 183 300 Personen. 25 100 neue Stellen. **Pro Mon-**

at gab es in der Schweiz **523 neue Beamtenstellen** (im Kt. Schwyz gibt es nur eine Handvoll Privatfirmen mit mehr als 500 ganzjährigen Mitarbeitern!). Im Budget für 2014 sind rund 2500 neue Stellen geplant. Der Staat ist der mit Abstand grösste Arbeitgeber der Schweiz, dreimal so gross wie der grösste private Arbeitgeber (Migros mit 64 000 Vollzeitstellen). Ein Blick auf den Kt. Schwyz unterstreicht dies. Auch hier ist der Kanton mit 1491 Angestellten mit Abstand der grösste Arbeitgeber. Dazu kommen dann noch die Bezirke und Gemeinden.

2. Meldung (Tagi 21.12.): Beamtenverhalten (BAFU): Wir sollten erwarten können, dass Beamte sich nicht nur gesetzeskonform, sondern auch im Sinn und Geist ihrer Aufgabe verhalten. Aktuell werden wir permanent auf Klimaerwärmung und Energieverbrauch (Energiewende!) aufmerksam gemacht, vor allem in der Kombination der beiden mit Kohlendioxid. Ein Wortführer dabei ist das Bundesamt für Umwelt (BAFU). Da wurde nun gemeldet, dass deren Chef zwischen 2010 und 2012 397 000 Flugkilometer absolviert hat, rund 10 mal um die Welt. Dabei bereiste er (moderne Kommunikationsmittel sind scheinbar nicht bekannt) Destinationen wie Bali, Montevideo, Nairobi, New York, Tokio, Peking, Cancún (Badeort in Mexiko), Johannesburg, Tselinograd in der kasachischen Steppe, Rio (Copacabana!), Hyderabad etc. Bilanz: 184 Reisetage, CO²-Ausstoss von 75 Tonnen. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher Schweizer verbraucht heute innerhalb eines Jahres 7 Tonnen CO². Das Ziel der vom BAFU angepeilten «2000-Watt-Gesellschaft»

ist ca. 2.5 Tonnen pro Person/pro Jahr. Zu seiner Reisetätigkeit befragt, sagte der BAFU-Chef: «Ich war zufrieden festzustellen, wie wenig Flüge es sind und wie fokussiert sie waren.» Zum BAFU allgemein: Noch im Jahr 2006 flogen BAFU-Angestellte im Schnitt 3608 Kilometer. 2012 waren es bereits 5080, ein Zuwachs von 40%. Am UNO-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio 2012 leitete der Amts-Chef eine Delegation von 18 Personen. Inklusive Vorbereitungskonferenz in New York beliefen sich dabei allein die Flugkosten auf mindestens eine Viertelmillion Franken. Seltsam ist auch eine Flugreise von zwei BAFU-Mitarbeitern vom 2. bis zum 5. März 2010 zu einem «technischen Workshop» der Klimakonvention mit dem Titel «Collaboration among regional centres and networks». Der Workshop fand in Apia statt, der Hauptstadt des Pazifikatolls Samoa – auf halbem Weg zwischen Hawaii und Australien, Flugdistanz: 32 000 km. Solch Verhalten ist bei «Klimaschützern» nichts Ungewöhnliches. 2010 reiste der damalige deutsche Umweltminister und heutige Vizekanzler Gabriel mit der Flugbereitschaft der Bundeswehr für eine Sitzung von seinem Ferienort Mallorca nach Berlin und produzierte dabei 44 Tonnen CO². Al Gore flog 2007 mit seinem Privatjet aus den USA nach Zürich, um lokal seinen «Klimafilm» «the inconvenient truth» zu lancieren.

Die beschriebenen Schweizer Beamten­stätigkeiten blieben alle, nach dem Motto «Wasser predigen und Wein saufen», so weit bekannt, ohne Einschreiten oder Rüffel von Vorgesetzten (Bundesrätin) und Kontrollstellen (Parlament).

Wie geht's weiter?

Wenn man als «normaler» Staatsbürger dies auswertet, beschleicht einen das Grauen: **Wie lange noch kann eine Demokratie und die Realwirtschaft funktionieren: wenn**

1. für den «Normalbürger» **die Verordnungsinflation nicht mehr überschaubar** ist? Das Kernproblem dabei ist, dass ab einer bestimmten Menge an Gesetzen und Erlassen die Rechtssicherheit nicht erhöht wird. Der Normalbürger kennt gar nicht mehr alle und kann so irgendeines verletzen. Wir sehen dies in autoritären Staaten: Niemand hält sich an alle Gesetze. Wenn aber jemand «negativ» auffällt, bekommt er «legal» die volle Willkür des Staates zu spüren;
2. das **Beamtenwachstum** so gross ist, dass bald die Anzahl der Beamten plus der vom Staat als «Experten und Betreuer» Abhängigen, plus derer, die direkt vom Sozialstaat leben, die Mehrheit der zur Urne Gehenden ist (in Agglomerationen teilweise schon der Fall);
3. offensichtlich eine Mehrzahl der Politiker/Abgeordneten ihre Kontrollfunktion über **Staatsangestellte (Wachstum und Verhalten)** nicht mehr ausübt, sondern primär mit Lobbying und Mobbing beschäftigt ist?

Steinegger Werner

**Diese Ausgabe wird gesponsert von
Gutenberg Druck AG,
Sagenriet 7, 8853 Lachen
www.gutenberg-druck.ch**

Nr.	Datum	Sponsor
449	30. 05 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27. 06 2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29. 08 2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG, Hauptstr. 178, 6436 Muotathal
452	26. 09 2013	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24. 10 2013	A. Bruhin AG, Schaumstoff-Verarbeitung, Brügglistrasse 2, 8852 Altendorf
454	28. 11 2013	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
455	17. 12 2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach
456	27. 01 2014	Gutenberg Druck AG, Sagenriet 7, 8853 Lachen
457	21. 02 2014	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
458	28. 03 2014	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen/SZ
459	25. 04 2014	
460	30. 05 2014	
461	27. 06 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
462	29. 08 2014	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte, Pfäffikon/SZ und Zürich
463	26. 09 2014	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
464	24. 10 2014	
465	28. 11 2014	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
466	17. 12 2014	
467	XX.01.2015	bpp Ingenieure AG, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz